

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 31

FREITAG, DEN 22. APRIL

2016

Inhalt:

Seite	Seite
Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	781
Öffentliche Bekanntmachung des Entwurfs einer nachträglichen Anordnung von Emissionsbegrenzungen nach § 17 Absätze 1, 2 a, 2 b BImSchG für die Firma ArcelorMittal Hamburg GmbH, Dradenaustraße 33, 21129 Hamburg	781
Widerruf der Bestallung als stellvertretender Polder-Einsatzleiter des Polders Teufelsbrück gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 PolderO und Ungültigkeitserklärung der Bestallungsurkunde und des Dienstausweises	783
Frühjahrs-Deichschau 2016	783
Widmung von Wegeflächen – Gussau –	783
Widmung von Wegeflächen – Oktaviostraße –	783
Beabsichtigung der Entwidmung öffentlicher Wegeflächen – Mühlenbrook –	783
Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen – Rehpfad	784
Öffentliche Bekanntmachung zur Erteilung einer Baugenehmigung für den Neubau einer Unterkunft für Flüchtlinge oder Asylbegehrende mit bis zu 3400 Plätzen und den dazugehörigen Folgeeinrichtungen und Nebeneinrichtungen am Mittleren Landweg 87, Flurstück 1507-1 und 5461-1 in der Gemarkung Billwerder	784
5. Änderung der Wahlordnung für die Wahlen zum Hochschulsenat und zu den Fakultätsräten der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg	784
6. Änderung Grundordnung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg	784
Zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen für die Hamburger Friedhöfe – AöR – berechnigte Personen	785

BEKANTTMACHUNGEN

Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Firma Kühne + Nagel AG + Co.KG, Großer Grasbrook 11-13 in 20457 Hamburg, hat mit Antrag vom 15. Januar 2016 eine Genehmigung nach § 4 BImSchG für die Erweiterung der Holzpelletfeuerungsanlage auf dem Grundstück Beim Schröderschen Hof 7 in 21109 Hamburg beantragt. Die beabsichtigte Maßnahme stellt ein Vorhaben im Sinne des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dar. Für ein derartiges Vorhaben ist gemäß § 3 c Absatz 1 Satz 2 UVPG in Verbindung mit Anlage 1 des UVPG durch eine standortbezogene Prüfung des Einzelfalles festzustellen, ob die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Zur Vorprüfung hat die Firma Kühne + Nagel AG + Co. KG mit dem Antrag entsprechende Screening-Unterlagen eingereicht.

Die überschlägige Prüfung der eingereichten Unterlagen unter Berücksichtigung der in Anlage 2 Nummer 2 des UVPG aufgeführten Kriterien hat ergeben, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen haben

kann und die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Die Begründung zu dieser Entscheidung kann nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes bei der Behörde für Umwelt und Energie – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – unter dem Aktenzeichen 39/16 eingesehen werden.

Hamburg, den 12. April 2016

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 781

Öffentliche Bekanntmachung des Entwurfs einer nachträglichen Anordnung von Emissionsbegrenzungen nach § 17 Absätze 1, 2 a, 2 b BImSchG für die Firma ArcelorMittal Hamburg GmbH, Dradenaustraße 33, 21129 Hamburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, beabsichtigt für die Firma ArcelorMittal Hamburg GmbH, Dradenaustraße 33, 21129 Hamburg, Flurstücke 3045, 5265, 5473, folgende nachträgliche Anordnung gemäß § 17 Ab-

sätze 1, 2a, 2b des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit § 12 Absatz 1 a BImSchG und § 52 Absatz 1 Satz 3 und Satz 5 BImSchG zu erlassen:

1. Die Emissionsbegrenzung der Entstaubungsanlage Stahlwerk (CEAG) für staubförmige Emissionen im Abgas von derzeit 10 mg/m³ nach TA Luft Nummer 5.4.3.2b 1 (Nachträgliche Anordnung vom 13. August 2007) wird auf 5 mg/Nm³ herabgesetzt. Die sichere Einhaltung dieses Grenzwertes muss bis zum 30. Juni 2016 gewährleistet sein.
2. Die Emissionsbegrenzung für Staub gilt als eingehalten, wenn
 - a) sämtliche validierte Tagesmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten,
 - b) sämtliche validierte Halbstundenmittelwerte das 3-fache der festgelegten Massenkonzentration nicht überschreiten;

abweichend von a) dürfen 15 Tagesmittelwerte pro Jahr maximal 10 mg/Nm³ nicht überschreiten und abweichend von b) dürfen 40 Halbstundenmittelwerte pro Jahr maximal 20 mg/Nm³ nicht überschreiten. Diese Ausnahmeregelung ist bis zum 8. März 2021 befristet und kann schriftlich verlängert werden.

Die Abweichungen sind mit Angabe von Zeitpunkt, Messwert und Ursache gesondert auszuweisen und der Behörde am Ende eines Jahres schriftlich mitzuteilen.
3. Die im Genehmigungsbescheid über die Optimierung der Abgaserfassung im Bereich des Elektroofens III Aktenzeichen: 164/99, Abschnitt II, Nummer 8, enthaltene Massenstrombegrenzung von 18 kg/h für staubförmige Emissionen wird hiermit aufgehoben.

Begründung:

Zu Punkt 1:

Bei dem Stahlwerk der Firma ArcelorMittal Hamburg GmbH handelt es sich um eine Anlage der Nummer 3.2.2.1 G/E des Anhangs 1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG, Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV), und somit um eine Anlage gemäß Artikel 10 in Verbindung mit Anhang I der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen.

Der Stand der Technik hat sich für Elektrolichtbogenöfen hinsichtlich der Anforderungen der Nummer 5.4.3.2 Buchstabe b Absatz 1 der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) für Gesamtstaub im Abgas bei bestehenden Anlagen fortentwickelt (Durchführungsbeschluss der Kommission vom 28. Februar 2012 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken [BVT] gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Eisen- und Stahlerzeugung; bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2012) 903; 2012/135/EU). Mit dieser Veröffentlichung im Bundesanzeiger ist die für die jeweilige Anlagenart angegebene Vorsorgeanforderung in der TA Luft für die Genehmigungs- und Überwachungsbehörden nicht mehr bindend. Die Altanlagenregelung der TA Luft in der Nummer 5.4.3.2.b.1 entfällt. Somit ist auch für Altanlagen der Gesamtstaubemissionswert der Nummer 5.4.3.2.b.1 anzuwenden.

Für bestehende Elektrolichtbogenöfen gilt vier Jahre nach Veröffentlichung der BVT-Schlussfolgerungen der gleiche Emissionswert wie für neue Elektrolichtbogenöfen (Massenkonzentration nicht über 5 mg/Nm³).

Zu Punkt 2:

Gemäß § 17 Absatz 2 b BImSchG in Folge des Artikels 15 Ziffer 4 der EU-Industrieemissionsrichtlinie (IE-RL) können weniger strenge Emissionsbegrenzungen festgelegt werden, wenn wegen technischer Merkmale der Anlage die Anwendung der in den BVT-Schlussfolgerungen genannten Emissionsbandbreiten unverhältnismäßig wäre und die Behörde dies begründet. Da die Firma ArcelorMittal Hamburg GmbH die neuen Emissionsgrenzwerte für Staub von 5 mg/Nm³ als Tagesmittelwert und 10 mg/Nm³ als Halbstundenmittelwert im Regelbetrieb einhält, ist die Umrüstung der zurzeit betriebenen Entstaubungsanlage auf Grund der technischen Merkmale unverhältnismäßig. Gemäß § 17 Absatz 2 b BImSchG in Folge des Artikels 15 Ziffer 4 der IE-RL wird ArcelorMittal Hamburg GmbH aus diesem Grund gestattet, 15 Staub-Tagesmittelwerte pro Jahr und 40 Staub-Halbstundenmittelwerte pro Jahr zu überschreiten. Dabei dürfen die Tagesmittelwerte 10 mg/Nm³ und die Halbstundenmittelwerte 20 mg/Nm³ nicht überschreiten. Die Abweichungen sind mit Angabe von Zeitpunkt, Messwert und Ursache gesondert auszuweisen und der Behörde für Umwelt und Energie am Ende eines jeden Jahres schriftlich mitzuteilen. Anhand dieser Auswertung soll die Firma ArcelorMittal Hamburg GmbH weiterhin Anstrengungen unternehmen, um das Abgassystem zu optimieren und die resultierenden Überschreitungen zu minimieren.

Zu Punkt 3:

Im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid über die Optimierung der Abgaserfassung im Bereich des Elektroofens III (Aktenzeichen: 164/99, Abschnitt II, Nummer 8) wurde eine Massenstrombegrenzung von 18 kg/h für staubförmige Emissionen festgelegt. Diese Massenstrombegrenzung wurde auf der Basis eines Grenzwertes von 20 mg/m³ Staub im Reingas der Entstaubungsanlage festgelegt und wird hiermit aufgehoben, da mit dieser nachträglichen Anordnung ein strengerer Emissionsgrenzwert von 5 mg/m³ Staub im Reingas der CEAG-Anlage festgelegt wird, der spätestens ab dem 30. Juni 2016 sicher eingehalten werden muss.

Auslegung:

Der Entwurf der nachträglichen Anordnung liegt in der Zeit vom 22. April 2016 bis einschließlich zum 23. Mai 2016 bei folgender Stelle aus und kann eingesehen werden: Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Neuenfelder Straße 19, Zimmer F 04.297, 21109 Hamburg, jeweils montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr sowie freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

Einwendungen:

Einwendungen gegen den Entwurf der nachträglichen Anordnung können bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis spätestens Montag, 6. Juni 2016, schriftlich oder zur Niederschrift bei der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, erhoben werden. Einwendungsbefugt sind Personen, deren Belange durch nachträgliche Anordnung berührt werden, sowie Vereinigungen, welche die Anforderungen von § 3 Absatz 1 oder § 2 Absatz 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes erfüllen. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Hamburg, den 14. April 2016

**Die Behörde für Umwelt und Energie
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –**

Amtl. Anz. S. 781

**Widerruf der Bestallung als
stellvertretender Polder-Einsatzleiter
des Polders Teufelsbrück
gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 PolderO
und
Ungültigkeitserklärung der Bestallungs-
urkunde und des Dienstausweises**

Die vom Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht – als Wasserbehörde – erlassene Bestallung vom 23. Oktober 2012 als stellvertretender Polder-Einsatzleiter des Polders Teufelsbrück des

Herrn Gerd Metscher

wird hiermit widerrufen.

Die von der Wasserbehörde für Herrn Gerd Metscher ausgestellte Bestallungsurkunde und der Dienstausweis werden mit sofortiger Wirkung für ungültig erklärt.

Hamburg, den 18. April 2016

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz
Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht**

Amtl. Anz. S. 783

Frühjahrs-Deichschauen 2016

Die nach § 60 Absatz 1 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) vom 20. Juni 1960 (HmbGVBl. S. 335) in der derzeit geltenden Fassung vorgeschriebenen Schauen der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen finden an folgenden Tagen statt:

**Hochwasserschutzanlagen
in der Innenstadt**
(ohne Kreuzungsbauwerke):

Entenwerder, Beim Haken, Billhorner Brückenstraße, Brandshofer Deich, Großmarkt, Stadtdeich, Deichtor, Meßberg, Dovenfleet, Zippelhaus, Bei den Mühlen, Bei dem Neuen Krahn, Kajen, Schaartor, Baumwall, Vorsetzen, Johannisbollwerk, Landungsbrücken und St. Pauli Fischmarkt

am Donnerstag, dem 12. Mai 2016, Beginn: 9.00 Uhr
Treffpunkt: 8.50 Uhr, Sperrwerk Billwerder Bucht
(Nordseite)

Hochwasserschutzanlagen auf der Veddel
(ohne Kreuzungsbauwerke):

Neuhäuser Damm, Am Zollhafen (einschließlich Dammbalkenverschluss Muggenburger Durchfahrt), Veddeler Damm, Am Saalehafen, Am Moldauhafen und Veddel-Nord

am Donnerstag, dem 19. Mai 2016, Beginn: 9.00 Uhr
Treffpunkt: 8.50 Uhr, Veddeler Elbdeich,
bei Deich-km 3,1

Die Schauen sind nicht öffentlich. Die Unterhaltungspflichtigen sind aufgefordert, an den betreffenden Schauen teilzunehmen und den Zugang zu den Hochwasserschutzanlagen zu ermöglichen. Während der Schauen kann es auch zu Behinderungen des Schienen-, Straßen- und Fußgängerverkehrs kommen. Die Betroffenen werden gebeten, sich auf diesen Umstand einzustellen. Wasser- und Boden-

verbände, zu deren satzungsgemäßen Aufgaben die Beteiligung an Deichschauen gehört, werden gebeten, Vertreter zu den in ihrem Bereich stattfindenden Schauen zu entsenden.

Hamburg, den 18. April 2016

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
– Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz –
Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht**

Amtl. Anz. S. 783

**Widmung von Wegeflächen
– Gussau –**

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Volksdorf, Ortsteil 525, belegene Wegefläche Gussau (Flurstück 7921 teilweise), von Auf den Wöörden bis Birkenredder verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 7. April 2016

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 783

**Widmung von Wegeflächen
– Oktaviostraße –**

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Marienthal, Ortsteil 511, belegene Wegefläche Oktaviostraße (Flurstück 3441 teilweise), von Haus Nummern 110a bis 131 verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Marienthal, Ortsteil 511, belegene Verbreiterungsfläche Oktaviostraße (Flurstück 3366) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 7. April 2016

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 783

**Beabsichtigung der Entwidmung
öffentlicher Wegeflächen
– Mühlenbrook –**

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen ist die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Ohlstedt, Ortsteil 523, belegene öffentliche Wegefläche Mühlenbrook (Flurstück 5624 [8 m²]) als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich und wird mit sofortiger Wirkung entwidmet.

Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem Lageplan (rot markierter Bereich), der Bestandteil der Entwidmung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienst-

stunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 6. April 2016

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 783

Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen – Rehpfad –

Nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen sind die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Sasel, Ortsteil 518, belegenen öffentlichen Wegeflächen Rehpfad (Flurstücke 9442, 10468 und 9021 teilweise) als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich und werden mit sofortiger Wirkung entwidmet.

Hamburg, den 7. April 2016

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 784

Öffentliche Bekanntmachung zur Erteilung einer Baugenehmigung für den Neubau einer Unterkunft für Flüchtlinge oder Asylbegehrende mit bis zu 3400 Plätzen und den dazugehörigen Folgeeinrichtungen und Nebeneinrichtungen am Mittleren Landweg 87, Flurstück 1507-1 und 5461-1 in der Gemarkung Billwerder

Gemäß § 9 Absatz 3 Nr. 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung wird die Öffentlichkeit hiermit über die Entscheidung zum Antrag auf Baugenehmigung zum oben genannten Bauvorhaben, zu dem eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wurde, unterrichtet.

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wurde unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, das oben beschriebene Vorhaben auszuführen.

Der vollständige Inhalt der Entscheidung und die Information über mögliche Rechtsbehelfe können im Bezirksamt Hamburg Bergedorf, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Wentorfer Straße 38 a, 21029 Hamburg eingesehen werden.

Die Bekanntmachung erfolgt ebenfalls im Internet unter: www.hamburg.de/bergedorf/5828412/mila/

Hamburg, den 18. April 2016

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 784

5. Änderung der Wahlordnung für die Wahlen zum Hochschulsenat und zu den Fakultätsräten der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Vom 14. April 2016

Der Hochschulsenat der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg hat am 14. April 2016 nach §§ 85 Absatz 1 Nummer 1, 99 Absatz 3 Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 19. Juni 2015 (HmbGVBl. S. 121) die 5. Änderung der Wahlordnung für die Wahlen zum Hochschulsenat und zu den Fakultätsräten der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, zuletzt geändert am 22. Januar 2015 (Amtl. Anz. S. 342) in der nachstehenden Fassung beschlossen.

§ 1

Änderungen

(1) § 1 Absatz 1 Satz 2 erhält die folgende Fassung:

„Die Einzelheiten über die Zusammensetzung, Aufgaben und Amtszeiten der Mitglieder des Hochschulsenats und der Fakultätsräte ergeben sich aus der Grundordnung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg in der jeweils geltenden Fassung.“

(2) § 2 Absatz 1 erhält die folgende Fassung:

„Dem Hochschulsenat und den Fakultätsräten gehören stimmberechtigte Mitglieder aus der

1. Gruppe der Professorinnen und Professoren,
2. Gruppe der Studierenden,
3. Gruppe der wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (akademisches Personal) und
4. Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Technischen-, Bibliotheks- und Verwaltungspersonals (TVP) an.“

§ 2

In-Kraft-Treten

Diese Änderungen treten am Tage ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 14. April 2016

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Amtl. Anz. S. 784

6. Änderung Grundordnung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Vom 14. Januar 2016

Der Hochschulrat der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg hat in seiner Sitzung am 14. Januar 2016 nach § 84 Absatz 1 Nummer 3 Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 19. Juni 2015 (HmbGVBl. S. 121) die in der Sitzung des Hochschulsenats der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg am 12. November 2015 beschlossene 7. Änderung der Grundordnung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, zuletzt geändert am 3. Juli 2007 (Amtl. Anz. S. 1721) in der nachstehenden Fassung genehmigt.

§ 1

Änderungen

(1) § 12 Absatz 1 Nr. 1 erhält die folgende Fassung:

„(1) Dem Hochschulsenat gehören an:

1. auf Grund von Wahl als stimmberechtigte Mitglieder
 - a. neun Mitglieder der Gruppe Professorinnen und Professoren,
 - b. drei Mitglieder der Gruppe Studierende,
 - c. drei Mitglieder der Gruppe akademisches Personal,
 - d. zwei Mitglied der Gruppe des Technischen-, Bibliotheks- und Verwaltungspersonals (TVP)“

§ 2

In-Kraft-Treten

Diese Änderungen treten am Tage ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 14. Januar 2016

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Amtl. Anz. S. 784

Zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen für die Hamburger Friedhöfe – AöR – berechnigte Personen

Mit Wirkung ab dem 18. April 2016 wurde

Herr Geschäftsführer Carsten Helberg,

zum zeichnungsberechtigten Vertreter für die Hamburger Friedhöfe – AöR – bestellt.

Die Zeichnungsberechtigung des

Herrn Geschäftsführers Wolfgang Purwin,

endet am 31. Mai 2016.

Die mit dem im Amtlichen Anzeiger Nr. 98 vom 15. Dezember 2015 veröffentlichten Verzeichnis der zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen für die Hamburger Friedhöfe – AöR – berechtigten Personen vom 3. Dezember 2015 aufgeführten Vertretungsbefugnisse bleiben unverändert bestehen.

Hamburg, den 18. April 2016

Hamburger Friedhöfe –AöR –

– Geschäftsführung – Amtl. Anz. S. 785

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Justizbehörde, Amt J – Abteilung Justizvollzug
 Postanschrift:
 Suhrenkamp 96, 22335 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Harms
 Telefon: +49/40/42800-1461
 Telefax: +49/40/42794-3005
 E-Mail: gabriele.harms@justiz.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
 - II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel – Sanierung des D-Flügels
 - II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
 NUTS-Code: DE600
 - II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
 - II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
 - II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Sanierung des D-Flügels des Hauses II der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel. Der 5-geschossige Gebäudeteil wird teilweise umgebaut und erhält eine komplett neue Dachkonstruktion. Im ersten Schritt werden die Leistungsphasen 1 + 2 der HOAI 2013 beauftragt. Die weitere Umsetzung ist von der Finanzierung der Maßnahme abhängig.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 71240000
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): nein
- II.1.8) Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Architektenleistung gem. HOAI, Teil 3, Abschnitt 1, Leistungsphase 1-8
Geschätzter Wert ohne MwSt:
Spanne von 400.000,- Euro bis 500.000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen:
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:
1. Option: Leistungsphase 3
2. Option: Leistungsphase 4-7
3. Option: Leistungsphase 8
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung
Laufzeit: 12 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Haftpflichtversicherung:
Personenschäden: 1.500.000,- Euro
Sonstige Schäden: 500.000,- Euro
Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das zweifache der Versicherungssumme beträgt.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1), einzureichen. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen:

Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

– Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.

– Formlose Erklärung, dass kein Ausschluss der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme am Wettbewerb nach § 4 Abs. 9 Buchstabe b) und c) VOF besteht, und dass keine Ausschlussgründe gem. § 4 VOF vorliegen.

– Namen und berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistungen im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen.

– Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Bescheinigungen über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
vergleiche Ziffer III.1.1)

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Eine Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit der Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit, der erbrachten Leistungsphasen nach HOAI sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der erbrachten Dienstleistungen,

– bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber durch eine von der zuständigen Behörde ausgestellte oder beglaubigte Bescheinigung,

– bei Leistungen für private Auftraggeber durch eine vom Auftraggeber ausgestellte Bescheinigung; ist eine derartige Bescheinigung nicht erhältlich, so ist eine einfache Erklärung des Bewerbers zulässig.

- Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
Teilnahmekriterien:
- Erfahrungen im Bau von Justizvollzugsanstalten
 - Erfahrungen mit Denkmalschutz bei Umbaumaßnahmen
 - Erfahrungen mit Umbaumaßnahmen
 - Erklärung, wie die notwendige Verfügbarkeit vor Ort erbracht werden soll
 - Qualität der Referenzen
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja
Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:
Gefordert werden Nachweise darüber, dass der Bewerber zum Führen der Berufsbezeichnung Architekt berechtigt ist und nach §67 HBauO bauvorlageberechtigt ist.
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 4
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Teilnahmekriterien: Erfahrungen im Bau von Justizvollzugsanstalten, Erfahrungen mit Denkmalschutz bei Umbaumaßnahmen, Erfahrungen mit Umbaumaßnahmen, Erklärung, wie die notwendige Verfügbarkeit vor Ort erbracht werden soll, Qualität der Referenzen.
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
EU-FB-J12/1-2016
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Kostenpflichtige Unterlagen: nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
12. Mai 2016, 10.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
- ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**
- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/427 31 -0499
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen
Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einlegung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
6. April 2016

ANHANG A**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:** –
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg, Justizbehörde
 Postanschrift:
 Drehbahn 36, 20354 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n): Zentrale Submissionsstelle
 Zu Händen von: Frau Dittmer
 Telefax: +49/40/4 28 43 - 33 82

Hamburg, den 11. April 2016

Die Justizbehörde 329**Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)****ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Justizbehörde, Amt J – Abteilung Justizvollzug
 Postanschrift:
 Suhrenkamp 96, 22335 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Harms
 Telefon: +49/40/4 28 00 - 14 61
 Telefax: +49/40/4 27 94 - 30 05
 E-Mail: gabriele.harms@justiz.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Errichtung einer Teilanstalt für Jugenduntersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt Billwerder

- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Billwerder soll eine Teilanstalt für Jugenduntersuchungshaft errichtet werden. Das Gebäude soll ca. 100 Haftplätze, einschließlich Sonderstationen bekommen, außerdem Unterrichtsräume, Büros und Mehrzweckräume. Zudem werden Freistundenbereiche und eine Sporthalle benötigt.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 71330000
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
 Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): nein
- II.1.8) Lose
 Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Architektenleistungen gemäß HOAI Teil 3, Abschnitt 1, Leistungsphase 1-3
 Tragwerksplanung gemäß HOAI Teil 4, Abschnitt 1, Leistungsphase 1-3
 Ingenieurleistungen gemäß HOAI Teil 4, Abschnitt 2, Anlagengruppe 1,2,3,4,5,6 - Leistungsphase 1-3
 Geschätzter Wert ohne MwSt:
 Spanne von 250.000,- Euro bis 350.000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen:
 Optionen: ja
 Beschreibung der Optionen:
 1. Option: Leistungsphase 3
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung
 Laufzeit: 12 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
Haftpflichtversicherung:
Personenschäden: 1.500.000,- Euro
Sonstige Schäden: 500.000,- Euro
Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das zweifache der Versicherungssumme beträgt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1), einzureichen. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z. B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen:

Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

– Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.

– Formlose Erklärung, dass kein Ausschluss der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme am Wettbewerb nach § 4 Abs. 9 Buchstabe b) und c) VOF besteht, und dass keine Ausschlussgründe gem. § 4 VOF vorliegen.

– Namen und berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistungen im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen.

– Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Bescheinigungen über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

vergleiche Ziffer III.1.1)

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Eine Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit der Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit, der erbrachten Leistungsphasen nach HOAI sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der erbrachten Dienstleistungen,

– bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber durch eine von der zuständigen Behörde ausgestellte oder beglaubigte Bescheinigung,

– bei Leistungen für private Auftraggeber durch eine vom Auftraggeber ausgestellte Bescheinigung; ist eine derartige Bescheinigung nicht erhältlich, so ist eine einfache Erklärung des Bewerbers zulässig.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Teilnahmekriterien:

– Nachweis über die erfolgreiche Umsetzung vergleichbarer Projekte (Bausumme von 10-20 Mio. Euro, Geplante Leistungen Anlagengruppe 1-6 von ca. 5 Mio. Euro)

– Erfahrungen im Bau von Justizvollzugsanstalten

– Erklärung, wie die notwendige Verfügbarkeit vor Ort erbracht werden soll

– Qualität der Referenzen

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Gefordert werden Nachweise darüber, dass der Bewerber zum Führen der Berufsbezeichnung Architekt berechtigt ist und nach § 67 HBauO bauvorlageberechtigt ist.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) Verfahrensart****IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren**

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden:
nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer: 4

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Teilnahmekriterien: Nachweis über die erfolgreiche Umsetzung vergleichbarer Projekte (Bausumme von 10-20 Mio. Euro, geplante Leistungen Anlagengruppe 1-6 von ca. 5 Mio. Euro). Erfahrungen im Bau von Justizvollzugsanstalten. Erklärung, wie die notwendige Verfügbarkeit vor Ort erbracht werden soll. Qualität der Referenzen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: nein**IV.2) Zuschlagskriterien****IV.2.1) Zuschlagskriterien:**

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
nein

IV.3) Verwaltungsangaben**IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

EU-BW-J12/1-2016

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein**IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

12. Mai 2016, 11.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –**IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –**IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –****ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN****VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben: –**VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren****VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:**

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/40/42731-0499

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –**VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

11. April 2016

ANHANG A**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN****I) Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen: –****II) Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind: –****III) Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg, Justizbehörde

Postanschrift:

Drehbahn 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n): Zentrale Submissionsstelle

Zu Händen von: Frau Dittmer

Telefax: +49/40/42843-3382

Hamburg, den 18. April 2016

Die Justizbehörde

330

Öffentliche Ausschreibung**Vergabenummer: 16 A 0128****a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):**

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,

Pappelallee 41, 22089 Hamburg,

Telefon: + 49(0)40/42842-200,

Telefax: + 49(0)40/42792-1200

E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

- Vergabe: **16 A 0128**
Containeranlage, Ersatzflächen Apotheke
 4121 G 1302 Bundeswehrkrankenhaus Hamburg,
 Umbau Haus 1
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
 Kein elektronisches Vergabeverfahren
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
 Bundeswehrkrankenhaus,
 Lesserstraße 180, 22049 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
 Lieferung, Aufstellung und Vorhaltung von Mietcontainern. Mit 3 Umkleide- und 3 Lagercontainern, sowie die Aufstellung eines überdachten Laufsteges und einer Containerrampe.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:
 Beginn der Ausführung: 1. Juni 2016
 Fertigstellung: 13. Januar 2017
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
 bei Vergabestelle@bba.hamburg.de
 Bewerbungsschluss: 29. April 2016
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
 Höhe der Kosten: 8,- Euro
 Zahlungsweise: Banküberweisung
 Empfänger: siehe Buchstabe a)
 Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
 Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
 IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333
 BIC-Code: HASPDEHHXXX
 Verwendungszweck:
 Kauf der Verdingungsunterlagen 16 A 0128
 Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
 Hinweis:
 Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
 - gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
 - das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
- Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
 Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
 Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
 18. Mai 2016, 11.00 Uhr
 Ort: siehe Buchstabe a)
 Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
 Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehene Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
 Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
 Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.
 Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 17. Juni 2016
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
 Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
 Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de
 Hamburg, den 14. April 2016
Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
 – Bundesbaubehörde –
-
- 331
- Öffentliche Ausschreibung**
Vergabenummer: 16 A 0052
- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
 Telefon: + 49 (0)40/4 28 42 - 2 00,

Telefax: + 49 (0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de

- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **16 A 0052**
Erweiterte Abdichtungsarbeiten
4121 K 1004 Herrichtung Hubschrauberlandeplatz/
Bundeswehrkrankenhaus HH
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Kein elektronisches Vergabeverfahren
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Bundeswehrkrankenhaus,
Lesserstraße 180, 22049 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Zur Errichtung eines Funktionsgebäudes zur Unterbringung einer Feuerlöschanlage, Feuerwehrbekleidung und Auftaumittel für den Hubschrauberlandeplatz sind folgende Leistungen vorgesehen:
– Abdichtung Dach
– Klempnerarbeiten
– Abdichtung Sohle/Fundament
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 4. Juli 2016
Fertigstellung: 26. August 2016
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle@bba.hamburg.de
Bewerbungsschluss: 2. Mai 2016
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 7,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 16 A 0052
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,

– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
19. Mai 2016, 10.00 Uhr
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 20. Juni 2016
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 15. April 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

**Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg
 Hochschule für Angewandte Wissenschaften
 Hamburg, Berliner Tor 5, 20099 Hamburg
 Postanschrift:
 vertreten durch
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
 Amt für Bauordnung und Hochbau
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Vergabestelle
 E-Mail: eroeffnungsstelle@bsw.hamburg.de
 Telefax: +49/40/427 31 - 05 27
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Bildung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Umbau von Biologie- und Physiklaboren für die HAW am Campus Bergedorf.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Dienstleistungskategorie Nr: 12
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
 NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Bei dem Projekt handelt es sich um Umbauten von vorhandenen Laboren mit gleichbleibender Nutzung. Die Labore befinden sich am Campus Bergedorf, ein Gebäudekomplex der HAW aus den 1970er Jahren. Umgebaut werden ein Biologielabor (Anforderung S2) im IV. OG eines Gebäuderiegels, dessen Fläche mit Nebenräumen ca. 220 m² beträgt, sowie drei zusammenhängende Physiklabore im III. OG eines weiteren Gebäuderiegels, deren Flächen mit Nebenräumen ca. 370 m² betragen. Eine Grundlagenermittlung seitens der Nutzer liegt vor. Die Umbaumaßnahmen finden bei laufendem Betrieb des Gebäudes statt.
 Die Terminvorgaben sehen folgende Meilensteine vor:
 – Kostenberechnung bis Anfang Dezember 2016
 – Freigabe der weiteren Leistungsphasen erst nach Klärung der Finanzierbarkeit durch die HAW
 – Baubeginn: voraussichtlich August 2017
 – Übergabe: voraussichtlich Anfang März 2018
 – Abschluss LPH 9 entsprechend
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 71320000
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
 Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja
- II.1.8) Lose
 Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:
 Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:
 – Leistungsphase 2-3 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Anlagengruppen 1-5, Anlagengruppe 7 (Kostengruppe 474 – Medizin- und labortechnische Anlagen) und Anlagengruppe 8).
 – Leistungsphase 4-9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Anlagengruppen 1-5, Anlagengruppe 7 (Kostengruppe 474 – Medizin- und labortechnische Anlagen) und Anlagengruppe 8) als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.

- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Anlagengruppen 1-5, Anlagengruppe 7 (Kostengruppe 474 – Medizin- und labortechnische Anlagen) und Anlagengruppe 8) als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.
- Geschätzter Wert ohne MwSt: 410.000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen:
Optionen: ja
- Leistungsphase 4-9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Anlagengruppen 1-5, Anlagengruppe 7 (Kostengruppe 474 – Medizin- und labortechnische Anlagen) und Anlagengruppe 8) als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.
 - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Anlagengruppen 1-5, Anlagengruppe 7 (Kostengruppe 474 – Medizin- und labortechnische Anlagen) und Anlagengruppe 8) als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.
- Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen: 20 Monate
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung
Laufzeit: 20 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Deckungssummen der Berufshaftpflicht:
Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssumme im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlung zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber insofern seine Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfs-

fall die Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssumme. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja
Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Angaben der Bewerber gemäß § 4 (2),(3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1) VOF. Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 2 (3) VOF unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.
Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:
Ausgefüllter Bewerbungsbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
Anlage 1B: Erklärung darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck);
Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tarifreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes (Vordruck);
Anlage 1F: Eigenerklärung über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben (Vordruck);

die Nachweise in Kopie werden mit dem Honorarangebot abgefordert;

Anlage 1G: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);

Anlage 1H: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);

Anlage 1I: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck);

Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und ggf. die schriftliche Erklärung des Versicherers/Kreditinstituts über die Bereitschaft zur Erhöhung der Versicherungssummen im Auftragsfall;

Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);

Anlage 3B: Liste von Referenzprojekten (siehe III.2.3 sowie IV.1.2).

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben), nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Für die Teilnahme am Bewerbungsverfahren sind Formblätter auszufüllen. Diese finden Sie unter <http://www.hamburg.de/ausschreibungen-vob/23684/start.html>. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigelegten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung

oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden). Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

(B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 350.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtschuld aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2013, 2014, 2015). Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Bereich HLS, Anlagegruppen 1-3) sind mind. 2 Ingenieure/-innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen. Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Bereich ELT, Anlagegruppen 4-5) sind mind. 2 Ingenieure/-innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

(B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen: Architekt/in gem. § 19 (1) VOF.

(C) Nachweis der erbrachten Leistungen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI: Liste der wesentlichen in den letzten max. 6 Jahren (Stichtag: 1. Januar 2010) erbrachten Leistungen unter Angabe: – der Projektbezeichnung; – der Kosten in der Kostengruppe 400 (in EUR; netto); – des (öffentlichen/privaten) Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten); – des Leistungszeitraums; – der ausgeführten Leistungsphasen; – der bearbeiteten Anlagegruppen; – ob es sich um eine Umbaumaßnahme handelt; – ob das Projekt im laufenden Betrieb durchgeführt wurde; – ob das Projekt Laborbereiche umfasste; – ob das Projekt Laborbereiche der Sicherheitsstufe 2 umfasste.

(D) Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja
Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 (2) VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/-in für die Leistungen gem. § 55 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren): nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der folgenden Auswahlkriterien (gewertet werden die Projekte aus der Referenzliste, welche innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1. Januar 2010 mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind). 1. Projektkosten in der KG 400 erreichen mind. 1,2 Mio. Euro (netto): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 2. Die Leistungsphasen 2 bis 3 und 5 bis 8 technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (HLS) wurden bearbeitet: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 3. Die Leistungsphasen 2 bis 3 und 5 bis 8 technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (ELT) wurden bearbeitet: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr

- Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 4. Das Projekt wurde im laufendem Betrieb durchgeführt: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 5. Bei dem Projekt handelt es sich um eine Umbaumaßnahme: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 6. Das Projekt umfasst Laborbereiche: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 7. Das Projekt umfasst Laborbereiche der Sicherheitsstufe S2: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl um maximal zwei Teilnehmer zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:
- | Kriterien | Gewichtung |
|------------------------|------------|
| 1. Fachlicher Wert | 20 % |
| 2. Qualität | 35 % |
| 3. Kundendienst | 15 % |
| 4. Ausführungszeitraum | 10 % |
| 5. Preis/Honorar | 20 % |
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: ÖT-ABH4-172/16
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
13. Mai 2016, 12.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: nein

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
18. Mai 2016, 10.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahme-wettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung 23. KW; Einreichung der Honorarangebote 26. KW; Verhandlungsgespräche 28. KW. Anlagen zu dieser Veröffentlichung finden Sie unter
<http://www.hamburg.de/ausschreibungen-vob/23684/start.html>.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
6. April 2016

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen: –**
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind: –**
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle:
Eröffnungsstelle Zimmer E.01.421

Hamburg, den 6. April 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 333

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg
Telefon: 040/4 28 26 - 24 27, Telefax: 040/4 27 31 - 34 48
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an Sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, Ihnen die Unterlagen, gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 24,- Euro, auch in Papierform (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen Sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.
Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten Sie aber, Ihr bestes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg Ersatzneubau Verkehrszeichenbrücke S20 Bw. Nr. S20, BAB A1 km 141,36 Fahrtrichtung O-W Grundinstandsetzung Unfallschaden
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-176/16**
Bauvorhaben: Ersatzneubau Verkehrszeichenbrücke S20 Bw. Nr. S20, BAB A1 km 141,36 Fahrtrichtung O-W Grundinstandsetzung Unfallschaden
Wesentliche Leistungen:
Stahlbeton 11 m³; Stahlkonstruktion 6,5 t
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: Mitte Juli 2016
Ende: 22. Dezember 2016
- j) Nebenangebote nicht zugelassen

- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme vom 18. April 2016 bis 26. Mai 2016, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
RB5/ZVA, Zimmer E 1.272
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
Telefax: 040/4 27 31 - 05 27

- l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05,
BIC PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt

- n) Die Angebote können bis zum 31. Mai 2016 um 9.30 Uhr eingereicht werden.

- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Eröffnungsstelle RV/ZVA, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 31. Mai 2016 um 9.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) Siehe Vergabeunterlagen.

- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

Auf gesondertes Verlangen sind folgende Nachweise und Angaben vorzulegen:

Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs.

Bei Bietergemeinschaften wird jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abgefragt.

- Angebotsterminplan gemäß VLV Ziff. 0.2.1 (Vorlage mit dem Angebot).
- Benennung ZTV-ING Koordinator und dessen ständigem Vertreter, Referenzunterlagen über Koordinatorentätigkeit für vergleichbare Baumaßnahmen der letzten 3 Jahre (für beide). Gemäß ZTV-ING Teil 1 Abschnitt 2 Ziff. 2.1 (2) VLV Ziff. 1.1.4.1.

- Externes Ingenieurbüro, Ausführungsplanung, Referenzunterlagen über Ausführungsplanung von vergleichbaren Baumaßnahmen aus den letzten 3 Jahren. Gemäß VLV Ziff. 1.1.4, letzter Absatz.

- Herstellerqualifikation Stahlbau/Stahlverbundbau, Ausführungsklasse EXC 3: Zertifikat über werkeigene Produktionskontrolle (WPK)+Schweißzertifikat nach ZTV-ING Teil 4 Abschnitt 1 Ziff. 1 (4), DIN EN 1090.

- Qualifikationsnachweis Sicherung von Arbeitsstellen im Verkehr; Verantwortlicher sowie dessen Vertreter gemäß Teilnahmebescheinigung für mind. 2-tägige Lehrveranstaltung gemäß MVAS 99 nach RSA.

- Montage Fahrzeugrückhaltesystem FRS (Schutzplanken u.a.); Montagefachkraft oder systemspezifische Montagefachkraft; Nachweis einer erfolgreichen Teilnahme an:

1. Grundlehrgang, 3-tägig.

2. Systemspezifische Lehrgänge entsprechend einzubauender Bauteile der FRS (z.B. ÜK, AEK), 3-tägig.

3. Aufbaulehrgang innerhalb von 4 Jahren nach Erlangen von 1. und 2. Nach ZTV FRS 2013, Anhang B; zuvor ZTV-PS 98, dort Schutzplanken-Montagefachkraft für die seinerzeit geregelten Stahlschutzplankenbauteile.

- Akkreditiertes Labor für die Bodenuntersuchung.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 12. Juli 2016 um 24.00 Uhr.

- w) Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 34 58

Hamburg, den 14. April 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 334

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg
Telefon: 040/4 28 26 - 24 94, Telefax: 040/4 27 31 - 34 48
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an Sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, Ihnen die Unterlagen, gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 16,- Euro, auch in Papierform (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen Sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.
Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten sie aber, Ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg A 7; AS HH-Moorburg bis Br. Stader Straße, Rifa Flensburg. – Sanierung der Fahrbahndecke
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-190/16**
Bauvorhaben: Verkehrssicherung, Straßenbau-, Entwässerungs-, und Markierungsarbeiten

Wesentliche Leistungen:

- ca. 19.000 m² Asphaltdeckschicht ausbauen
 - ca. 9.000 m² Asphaltbinderschicht ausbauen
 - ca. 9.000 m² Asphaltbinderschicht, 8,5 cm dick, herstellen
 - ca. 19.000 m² Asphaltspplittmastixschicht, 3,5 cm dick, herstellen
 - ca. 380 m² Gussasphalt-Wasserlauf herstellen
 - ca. 100 m Betonbordsteine ausbauen
 - ca. 100 m Betonbordsteine einbauen
 - ca. 105 Stück Straßenabläufe erneuern
 - ca. 18 Stück Schachtabdeckungen erneuern
 - ca. 4.330 m Fahrbahnmarkierung in Heißplastik herstellen
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 4. September 2016
Ende: 6. November 2016
- j) Nebenangebote nicht zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme vom 20. April 2016 bis 3. Juni 2016, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
RB5/ZVA, Zimmer E 1.272
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
Telefax: 040/4 27 31 - 05 27
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05,
BIC PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 7. Juni 2016 um 11.15 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Eröffnungsstelle RV/ZVA, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 7. Juni 2016 um 11.15 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.
Auf gesondertes Verlangen sind folgende Nachweise und Angaben vorzulegen:
Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs.
Bei Bietergemeinschaften wird jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abgefragt.
Qualifikationsnachweis Verkehrssicherung MVAS, Benennung und Qualifikationsnachweis SiGeKo, Benennung Prüflabor und Qualifikationsnachweis durch Vorlage der Akkreditierungsurkunde.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 12. Juli 2016 um 24.00 Uhr.
- w) Beschwerdestelle:
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 34 58

Hamburg, den 15. April 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 335**Auftragsbekanntmachung****ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER****I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB U 42,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein
- ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**
- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Neubau des Klassenhauses Bauteil 2 des Gymnasium Lohbrügge sowie Sanierung des Fachtraktes der STS Lohbrügge Binnenfeldredder 5 – Trockenbau, Tischler, Maler
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
Bauftrag
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
Binnenfeldredder 5, 21031 Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Als Landesbetrieb zur Planung, dem Bau sowie dem Betrieb von Schulbauten in Hamburg wurde SBH | Schulbau Hamburg beauftragt, den Standort Binnenfeldredder im Hamburger Stadtteil Lohbrügge zu überplanen. Die beiden auf einem gemeinsamen Grundstücksareal Binnenfeldredder 5 und 7 in den 1960er bis 1970er Jahren erbauten Schulstandorte Gymnasium und Stadtteilschule Lohbrügge in Hamburg verfügen heute über insgesamt 17 ein- bzw. zweigeschossige Gebäude in einer Pavillionstruktur. Es ist vorgesehen, diesen Klassenraumbestand beider Schulen und den Zugangs/Pausenhallenbereich des Gymnasiums zu entfernen und durch Neubauten zu ersetzen. Nach Durchführung eines Architektenwettbewerbs existiert hierüber schon die Planung für 3 Neubaukörper. Parallel zu den Neubaumaßnahmen ist die Sanierung des Gebäudebestandes geplant. Für die Gesamtmaßnahme ist ein Investitionsvolumen von ca. 43 Millionen Euro (brutto, KG 200 bis 700 gem. DIN 276) geplant. Die Realisierung der Gesamtmaßnahme soll in Bauabschnitten (Bauteil 1, 2 und 3 sowie Sanierungsteilen) erfolgen. Der Schulbetrieb ist während der Neubau- und Sanierungsmaßnahmen aufrecht zu erhalten. Die Fertigstellung der Gesamtmaßnahme ist für den Sommer 2019 geplant. Der jetzige Ausschreibungsgegenstand umfasst die Baumaßnahmen des 2. Bauabschnitts.
- Beginn und Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich Juli 2016 bis Juni 2018
Hier:
Los 1: Trockenbauarbeiten
Los 2: Tischlerarbeiten
Los 3: Malerarbeiten
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 45214220
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose: Ja
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose.
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Kostenschätzung beträgt der Auftragswert für alle Lose ca. 1.292.446,75 Euro (netto).
Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.292.446,75 Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: –**
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsre-

- gister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
– Umsätze aus den drei Jahren 2013, 2014 und 2015,
und
– gültige Freistellungsbescheinigung.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOB EU 049-16 G
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 23. Mai 2016, 10.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.
Empfänger:
Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 25200000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 049-16 G
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro Los** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Lossummiert sich der Betrag entsprechend auf.
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
24. Mai 2016, 10.10 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 24. Mai 2016, 10.10 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.
- ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**
- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
 Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
 Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
 Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
 Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
 Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
 für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
 Deutschland

Telefax: +49/040/42840-2039

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
 VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
 Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,

Rechtsabteilung U 1,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

8. April 2016

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Neubau des Klassenhauses Bauteil 2 des Gymnasium Lohbrügge sowie Sanierung des Fachtraktes der STS Lohbrügge Binnenfeldredder 5 – Trockenbau, Tischler, Maler

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Trockenbauarbeiten

1) **Kurze Beschreibung:** –

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45324000

Ergänzende Gegenstände: 45421146, 45421141

3) **Menge oder Umfang:**

ca. 10 m² Trennwand, D = 75 mm, ca. 670 m² Trennwand D 150 mm, ca. 90 m² Trennwand D=400 mm, ca. 55 m² Trennwand D=150 mm F90, ca. 275 m² Vorsatzschalen, ca. 290 m² akustisch wirksame Wandflächen, ca. 2.660 m² Decken aus Akustikplatten, ca. 1.860 m² Decken aus GK, teilweise gelocht, ca. 1.800 m Randfriese, ca. 580 m Gardinenbretter, ca. 2.240 m² MiWo-Auflagen in Decken

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 325.655,52 Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Februar 2017 bis September 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 24. Mai 2016 um 10.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Tischlerarbeiten

1) **Kurze Beschreibung:** –

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45421100

3) **Menge oder Umfang:**

24 St Holz-Aluminium-Verbundfenster ca. 8,76 x 1,88 m, 1 St Holz-Aluminium-Verbundfenster ca. 2,48 x 1,88 m, 4 St Holz-Aluminium-Verbundfenster ca. 1,35 x 1,88 m, 8 St Holz-Aluminium-Verbundfenster ca. 82,40 x 1,88 m, 2 St Holz-Aluminium-Verbundfenster ca. 1,45 x 1,88 m, 8 St Holz-Aluminium-Verbundfenster ca. 2,76 x 1,88 m, 620 m Außenfensterbänke aus Aluminium beschichtet, 615 m Innenfensterbank aus Holzwerkstoff HPL beschichtet, 32 St Innentüren T 30 mit Stahlumfassungszargen, 50 St Innentüren mit Stahlumfassungszargen, 155 m Wandschutzleisten aus Holz, 22 St Wandschutz für Garderoben aus HPL ca. 2,40 x 1,30 m, ca. 30 St Holzfenster 0,65 bis 5,00 x 0,75 m, ca. 1 St Holzfenster 1,15 x 0,83 m, ca. 2 St Holzfenster 2,00 bis 4,75 x 1,25 m, ca. 2 St Holzfenster 2,60 bis 2,90 x 1,40 m, ca. 5 St Holzfenster 1,40 bis 3,50 x 1,70 m, ca. 25 St Holzfenster 0,65 bis 5,00 x 1,75 m, 1 St Holzfenster 1,40 x 2,25 m, 1 St Holzfenster 1,21 x 2,50 m, 1 St Holzfenster 1,19 x 3,55 m als RWA

mit Motorkettenantrieb, 1 St Fenster-Türelement 3,63 x 3,28 m, ca. 30 St Blindfelder, gedämmt 0,24 bis 0,30 x 0,74 m, 1 St Blindfeld, gedämmt 0,24 x 1,40 m, 6 St Blindfelder, gedämmt 0,24 x 1,74 m, 1 St Fenster-Tür-Element F30/T30 ca. 3,50 x 2,46 m, 70 St Fensterelemente versch. Größen demontieren und entsorgen, 40 St Blindfelder versch. Größen demontieren und entsorgen, 1 St Fenster-Tür-Element 3,52 x 2,46 m demontieren, 30 St Bestandstürblätter aufarbeiten, 1 St Sitzbank aufarbeiten, 1 St Tresenanlage aufarbeiten.

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 641,625,22 Euro

- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Dezember 2016 bis Dezember 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 24. Mai 2016 um 10.40 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Malerarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** –
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45442110
- 3) **Menge oder Umfang:**
Ca. 3.400 m² Erstbeschichtung Wände Dispersionsfarbe, ca. 170 m² Erstbeschichtung Wände Silikatlasur, ca. 1.150 m² Überholungsbeschichtungen Wände Dispersionsfarbe, ca. 4.400 m² Erstbeschichtung Decken, ca. 870 m² Überholungsbeschichtungen Decken, ca. 100 St Erstbeschichtung Umfassungszargen aus Stahl, ca. 35 m² Erstbeschichtung Geländer aus Stahl, ca. 6.000 m Acrylfugen, ca. 275 m² Bodenanstrieche, ca. 170 m² Überarbeitung Bestandstüren, ca. 30 m² Überholungsbeschichtung Fenstergitter, 230 m² Überholungsanstrich Bestandsfenster.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 325.166,01 Euro

- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Juni 2017 bis Januar 2018. Die Öffnung der Angebote findet statt am 24. Mai 2016 um 11.10 Uhr in Raum 004.

Hamburg, den 8. April 2016

Die Finanzbehörde

336

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Sanierung eines Gebäudes der beruflichen Schule G1 am Standort Angerstraße 7-11 in Hamburg. Hier: LOS 1 – Objektplanung gem. § 34 HOAI & LOS 2 – Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio.m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio.m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, die Sanierung des Verwaltungsgebäudes am Standort Angerstraße 7-11 durchzuführen. Das zu sanierende Verwaltungsgebäude der G1 befindet sich am Standort Angerstraße 7-11 in Hamburg Höhenfelde. An der Staatlichen Gewerbeschule Stahl- und Maschinenbau werden im Wesentlichen die schlosserischen Metallberufe in Handwerk und Industrie, die Industriemechaniker und die Berufe in der Metallerzeugung ausgebildet. Zum Beispiel Industriemechaniker, Werkstoffprüfer und Konstruktionsmechaniker.

Die Schule mit einer Nettogrundfläche von derzeit ca. 7.700 m² soll bis Herbst 2020 im laufenden Betrieb saniert werden. Hierfür ist ein differenziertes Bauabschnitts- sowie Umzugs- und Auslagerungsmanagement erforderlich. Für das Gebäude ist eine Grundsaniierung geplant, die bisherige Struktur des Gebäudes wird nicht verändert, Umbauten sind nicht vorgesehen. Die bestehende Dachkonstruktion ist aufgrund starker Baumängel kritisch zu hinterfragen. Die Sanierung umfasst Unterrichts- und Lernfeldräume, Gemeinschaftsräume, Werkstatträume und Büroflächen. Weiterhin sind Sanitär-, Technik-, Lagerflächen und Verkehrsflächen zu bearbeiten. Die Baumaßnahme ist in enger Abstimmung mit der Schulleitung und dem HIBB (Hamburger Institut für Berufliche Bildung) zu erstellen.

Das vorläufige Gesamtbudget für den Zu- und Umbau beträgt ca. 7,7 Mio. Euro brutto (gem. DIN 276 Kostengruppen 200 bis 700). Die Fertigstellung der Baumaßnahme ist für den Herbst 2020 geplant.

Los 1 Objektplanung: Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphase 2 gem. § 34 HOAI, Objektplanung.
- Leistungsphase 3, 5 bis 9 gem. § 34 HOAI, Objektplanung, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Los 2 Technische Ausrüstung: Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphase 2 gem. § 55 HOAI, Technische Ausrüstung, Anlagegruppen 1-5 und 7-8 gem. § 53 (2) HOAI
- Leistungsphasen 3, 5 bis 9 gem. § 55 HOAI, Technische Ausrüstung, Anlagegruppen 1-5 und 7-8 gem. § 53 (2) HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Vertreter der Schule, Vertreter des Bezirks sowie die externe Projektsteuerung nehmen ggf. in beratender Funktion bzw. in der Funktion eines Sachverständigen an den Angebotsverhandlungen teil. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: -

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 525.000,- Euro für LOS 1 (Objektplanung, Leistungsphasen 1-9) und ca. 270.000,- Euro für LOS 2 (Technische Ausrüstung, Leistungsphasen 1-9, Anlagegruppen 1-8) inklusive Nebenkosten, Umbauzuschlag und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 795.000,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

LOS 1:

- Leistungsphase 3, 5 bis 9 gem. § 34 HOAI, Objektplanung, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

LOS 2:

- Leistungsphasen 3, 5 bis 9 gem. § 55 HOAI, Technische Ausrüstung, Anlagegruppen 1-5 und 7-8 gem. § 53 (2) HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 50 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht pro LOS:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist pro LOS der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der jeweilige Auftragnehmer pro LOS sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht-beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2),(3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchfüh-

rung der Leistungen soll gem. § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind pro LOS folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben: – ausgefüllter Bewerbungsbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;

– Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);

– Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck);

– Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);

– Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck);

– Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 5 Abs. 1 HmbMinLohnG (Vordruck);

– Anlage 1F: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);

– Anlage 1G: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);

– Anlage 1H: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck);

– Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;

– Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);

– Anlage 3B (LOS 1): Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen gem. § 34 HOAI (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben;

– Anlage 3B (LOS 2): Liste von Referenzprojekten für Leistungen gem. § 55 HOAI (siehe III.2.3).

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie ein separater Bewerbungsbogen für jedes LOS gesondert auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail-Adresse vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Bei der Anforderung der Unterlagen ist anzugeben, für welches LOS die Bewerbung erfolgen soll. Die Bewerbung ist für ein oder zwei LOSE möglich. Die Nachweise, Erklärungen und Referenzprojekte sind für jedes LOS separat einzureichen. Die Bewerbung ist pro LOS separat in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer und der jeweiligen Losnummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Mehrfachbeteiligungen für ein LOS in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig

ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigegefügt Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerbungsbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen sind deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge zu kennzeichnen. Die Seiten sind durchgehend zu nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Je LOS ein aktueller Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden). Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

(B) LOS 1: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr: 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 500.000,- Euro (netto) erreichen.

(B) LOS 2: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr: 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 240.000,- Euro (netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den pro LOS genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Grün-

den (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

(B) LOS 1: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr: 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 500.000,- Euro (netto) erreichen.

(B) LOS 2: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr: 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 240.000,- Euro (netto) erreichen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) LOS 1: Für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI sind mind. 5 festangestellte Architekten bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur (mind. FH) im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

(A) LOS 2: Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Bereich HLS, Anlagegruppen 1-3) sind mind. 2 Ingenieure/-innen (mind. FH) im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen. Für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (Bereich ELT, Anlagegruppen 4-5) sind mind. 2 Ingenieure/-innen (mind. FH) im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

(B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier für LOS 1: Architekt/-in für die Leistung Objektplanung gem. § 19 (1) VOF Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier für LOS 2: Ingenieur/-in für die Leistung Technische Ausrüstung gem. § 19 (2) VOF in Bezug auf § 55 HOAI für den Bereich HLS (Anlagegruppen 1-3) oder ELT (Anlagegruppen 4-5).

(C) LOS 1: Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300 + 400 gem. DIN 276), der Nennung des Projektleiters und ggf. beteiligter Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte für LOS 1 sind auf maximal je

einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen für LOS 1 ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern und mit der Sanierung von Gebäuden nachzuweisen.

LOS 2: Liste der wesentlichen in den letzten 8 Jahren (Stichtag: 1. Januar 2008) erbrachten Leistungen unter Angabe:

- der Projektbezeichnung
- des Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten)
- des Leistungszeitraums
- der Größe des Projektes (BGFa gem. DIN 277)
- der erbrachten Leistungsphasen gem. § 55 HOAI Technische Ausrüstung
- der bearbeiteten Anlagengruppen
- der Kosten in der Kostengruppe 400 (in EURO; netto).

Weiterhin ist anzugeben, ob:

- es sich bei dem Projekt um einen Neubau mit Anschluss an ein bestehendes internes Versorgungsnetz handelt
- es sich um eine Sanierungsmaßnahme handelt
- die Baumaßnahme bei laufendem Betrieb durchgeführt wurde.

Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen für LOS 2 ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mit den Referenzen für LOS 1 ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern und mit der Sanierung von Gebäuden nachzuweisen.

Mit den Referenzen für LOS 2 ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF. Als Berufsqualifikation werden für LOS 1 der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 34 HOAI und für LOS 2 der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 55 HOAI (HLS und ELT) gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die geplanten Mindest- und Höchstzahlen gelten jeweils separat für LOS 1 und LOS 2. Die Bewerberauswahl sowie die Verhandlungsphase erfolgen separat pro LOS. Der Auftraggeber behält sich vor, eine Auswahl für ein oder zwei LOSE zu treffen, sofern eine Bewerbung für beide LOSE unterbreitet wird. Für beide LOSE gilt folgendes: Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formalen Kriterien und Mindestanforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. LOS 1: Die Auswahl für LOS 1 erfolgt anhand der für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder einer Referenzbestätigung des Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den beiden Referenzen für LOS 1 zusammen maximal 18 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3 des Auswahlbogens. LOS 2: Die Auswahl erfolgt anhand der folgenden Auswahlkriterien (gewertet werden die Projekte aus der Referenzliste, welche innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 realisiert worden sind). 1. Die Anlagengruppen 1-5 und 7-8 gem. § 53 HOAI wurden bearbeitet: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte, 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 2. Die Leistungsphasen 2-3 und 5-8 gem. § 55 HOAI wurden erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 3. Die Projektkosten in der KG 400 erreichen mind. 750.000,- Euro (netto): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 4. Bei dem Projekt handelt es sich um eine Sanierungsmaßnahme: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte =

- 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). 5. Die Maßnahme wurde bei laufendem Betrieb durchgeführt: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte). Insgesamt sind für LOS 2 max. 15 Punkte zu erzielen. Der verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt.
- Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:
- | Kriterien | Gewichtung |
|------------------------|------------|
| 1. Fachlicher Wert | 20% |
| 2. Qualität | 30% |
| 3. Kundendienst | 10% |
| 4. Ausführungszeitraum | 10% |
| 5. Preis/Honorar | 30% |
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOF 018-16 PP
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 13. Mai 2016, 14.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
17. Mai 2016, 14.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
- ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**
- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden die Angebotsanforderungen nebst Anlagen postalisch versandt.
Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens:
Los 1: Versendung der Angebotsaufforderung 23. Kalenderwoche 2016; Einreichung der Honorarangebote 26. Kalenderwoche 2016; Verhandlungsgespräche 31. Kalenderwoche 2016.
Los 2: Versendung der Angebotsaufforderung 24. Kalenderwoche 2016; Einreichung der Honorarangebote 27. Kalenderwoche 2016; Verhandlungsgespräche 31. Kalenderwoche 2016.
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn

sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

13. April 2016

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Sanierung eines Gebäudes der beruflichen Schule G1 am Standort Angerstraße 7-11 in Hamburg. Hier: LOS 1 – Objektplanung gem. § 34 HOAI & LOS 2 – Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI

Los-Nr. 1

Bezeichnung: LOS 1 – Sanierung eines Gebäudes der beruflichen Schule G1 am Standort Angerstraße 7-11 in Hamburg – Objektplanung gem. § 34 HOAI

- 1) **Kurze Beschreibung:** siehe Ziffer II.1.5)
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71240000
- 3) **Menge oder Umfang:**
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 525.000,- Euro für LOS 1 (Leistungsphasen 1-9) inklusive Nebenkosten, Umbauschlag und ohne Umsatzsteuer geschätzt.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 525.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 50 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen: –**

Los-Nr. 2

Bezeichnung: LOS 2 – Sanierung eines Gebäudes der beruflichen Schule G1 am Standort Angerstraße 7-11 in Hamburg – Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI

- 1) **Kurze Beschreibung:** siehe Ziffer II.1.5)
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71240000
- 3) **Menge oder Umfang:**
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 270.000,- Euro für LOS 2 (Leistungsphasen 1-9 – Anlagengruppen 1-5 und 8) inklusive Nebenkosten, Umbauschlag und ohne Umsatzsteuer geschätzt.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 270.000,- Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 50 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen: –**

Hamburg, den 13. April 2016

Die Finanzbehörde

337

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Sanierung der Schule am Standort Schottmüllerstraße 23 in Hamburg – Objektplanung gemäß § 34 HOAI.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde SBH mit der Sanierung des Bestandsgebäudes am Standort Schottmüllerstraße 23 in Hamburg-Eppendorf beauftragt. Das Schulgebäude Schottmüllerstraße 23 besteht aus einem 1910 gebauten, viergeschossigen Unterrichts- und Verwaltungsgebäude mit ca. 5100 m² NGF. Das Gebäude ist komplett unterkellert. Die straßenseitige Fassade besteht aus Ziegelmauerwerk, schulhofseitig hat das Gebäude eine Putzfassade mit Farbstrich. Das Dach ist mit Pfannen eingedeckt. Der Schulhof ist zusätzlich über eine Grundstückzufahrt von der Tarpenbekstraße aus erschlossen. Das Gebäude wird zurzeit von der Grundschule Marie-Beschütz-Schule genutzt. Die Marie-Beschütz-Schule wird im Sommer 2017 in das dann fertig sanierte und erweiterte Schulgebäude Erikastraße 41 in Eppendorf umziehen. Bevor das Gebäude Schottmüllerstraße 23 der Oberstufe der Stadtteilschule Eppendorf zur Nutzung übergeben wird, soll es saniert und der neuen Nutzung angepasst werden. Die nicht mehr benötigte Dienstwohnung ist ggf. umzubauen. Während der Ausführung der Baumaßnahme wird am Standort Schottmüllerstraße 23 kein Schulbetrieb stattfinden. Der Baubeginn ist für August 2017, die Fertigstellung und Übergabe an den Nutzer ist für Oktober 2018 vorgesehen. Das vorläufige Gesamtinvestitionsvolumen für die Maßnahme beträgt ca. 4,0 Mio. Euro brutto für die Kostengruppen 200–700 gem. DIN 276.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

OBJEKTPLANUNG GEM. § 34 HOAI

- Leistungsphasen 2 (teilweise) und 3 Objektplanung gem. § 34 HOAI
- Leistungsphasen 4 bis 8 Objektplanung gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen)
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gemäß § 34 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.

Für die Maßnahme werden Planungen erwartet, die ein möglichst optimales Verhältnis aus Sanierung, langlebigen Baukonstruktionen, bauphysikalischer und energetischer Optimierung, niedrigen Betriebskosten und wirtschaftlicher Erstellung aufweisen. Vertreter der Schulleitung bzw. weitere Vertreter der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) nehmen ggf. in beratender Funktion an den (Auswahlterminen) Angebotsverhandlungen teil. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch die WSP Deutschland AG, Niederlassung Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen für die Leistungen der Objektplanung auf ca. 268.000,- Euro mit Berücksichtigung eines Umbauszuschlags und der Nebenkosten jedoch ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 268.000,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

- Leistungsphasen 4 bis 8 Objektplanung gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen)

- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gemäß § 34 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 26 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der jeweilige Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- vollständig ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle.
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie).
- Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck).
- Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck).

– Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck).

– Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck).

– Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck).

– Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck).

– Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck).

– Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1.

– Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie).

– Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen gem. § 34 HOAI (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen sind deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge zu kennzeichnen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail-Adresse vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden sowohl in Teilnahme- als auch in Angebotsphase nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Die Bewerbung ist separat

in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden). Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

(B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 200.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers der für die Leistung vorgesehenen Personen: Architekt/in für die Leistung Objektplanung gem. § 19 (1) VOF.

(B) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1. Januar 2010) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300 + 400 gem. DIN 276) und der bearbeiteten Bruttogeschossfläche (BGFa gem. DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligter Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzu-

reichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

(C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2013, 2014, 2015). Im Bereich Objektplanung gem. § 34 HOAI sind mind. 5 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 (1) VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 34 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formalen Kriterien und Mindestanforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand von zwei Referenzen für den Leistungsbereich der Objektplanung gem. § 34 HOAI jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe

(0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den beiden Referenzen zusammen maximal 18 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	20 %
2. Qualität	25 %
3. Kundendienst	10 %
4. Ausführungszeitraum	15 %
5. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOF 020-16 DK

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 20. Mai 2016, 14.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
23. Mai 2016, 14.00 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Informationen bzw. Ausschreibungsunterlagen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung 24. Kalenderwoche 2016; Einreichung der Honorarangebote 28. Kalenderwoche 2016; Verhandlungsgespräche 29. Kalenderwoche 2016.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/42731-0499

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/42731-0143
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
14. April 2016

Hamburg, den 14. April 2016

Die Finanzbehörde 338

Öffentliche Ausschreibungen

der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Zentrale Vergabestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung schreibt im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung die **Bereitstellung von Kurzzeit-Vertretungskräften für die Vorschulklassen der Behörde für Schule und Berufsbildung im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung** aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 5. Mai 2016, 12.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 31. August 2016, 18.00 Uhr

Ausführungsfrist: 1. September 2016 bis 31. Juli 2017,
optional bis 31. Juli 2020

Die vollständigen Ausschreibungsunterlagen sind unter Angabe der Vergabenummer **ÖA BSB 0029/2016** per E-Mail unter ausschreibungen@bsb.hamburg.de abzufordern.

Hamburg, den 15. April 2016

Die Behörde für Schule und Berufsbildung 339

Öffentliche Ausschreibung

Tätigkeit als bevollmächtigte Bezirksschornsteinfegerin/ bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger für einen Kehrbezirk

In der Freien und Hansestadt Hamburg ist folgender Kehrbezirk mit einer bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin/einem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger zu besetzen:

Bezirksamtsbereich Wandsbek:
KB HH Nr. 520 zum 1. Juli 2016

Diese Ausschreibung mit der Nummer **DK IB0 162/16** endet am 12. Mai 2016 um 10.30 Uhr.

Sie finden die vollständige Ausschreibung mit den erforderlichen Anlagen auf

<http://www.hamburg.de/ausschreibungen-vob/23684/start.html/>

Hamburg, den 12. April 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 340

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), vertreten durch die Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport (ZVST) – organisatorisch angebunden bei der Polizei Hamburg –, beabsichtigt im Auftrag des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung (LGV) den **Abschluss eines Rahmenvertrages über die Lieferung von bis zu 11 Stück Messkraftwagen (MKW) in vier unterschiedlichen Ausführungen für die Jahre 2016 bis 2020.**

Frist für die Abforderung der Unterlagen: 10. Mai 2016

Ablauf der Angebotsfrist: 6. Juni 2016

Weitere Informationen zu dieser Ausschreibung einschließlich Hinweisen zum Bezug der Ausschreibungsunterlagen sind auf der Internetseite www.hamburg.de (Suchbegriff: „polizei ausschreibungen“) hinterlegt.

Hamburg, den 12. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –

341

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt die **Dolmetscherleistungen für den Landesbetrieb Erziehung und Beratung** unter der Projektnummer **2016000030** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 12. Mai 2016, 10.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 15. August 2016

Ausführungsfrist: 15. August 2016 bis 14. August 2018

Über das Online-Portal Hamburg-Service (www.gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Vergabeunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und Ihr Angebot elektronisch einreichen.

Hier finden Sie Hinweise zur Registrierung:

<https://gateway.hamburg.de/hamburggateway/fvp/fv/BasisHilfe/HilfeFirmen.aspx>

Die Vergabeunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer 2016000030 per E-Mail unter ausschreibungen@fb.hamburg.de abgefordert werden.

WICHTIG: Um die Unterlagen zu erhalten, benötigen wir zwingend Ihre vollständigen Kontaktdaten (Firmenname, Name des Ansprechpartners/der Ansprechpartnerin, vollständige Anschrift, E-Mail, Telefon und Fax) für mögliche Nachfragen. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir bei unvollständigen Angaben keine Unterlagen versenden. Diese Möglichkeit besteht nicht bei Ausschreibungen für Glas- und Gebäudereinigungsleistungen.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 12. April 2016

Die Finanzbehörde

342

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

802 K 78/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Saalkamp 38 belegene, im Grundbuch von Duvenstedt Blatt 1816 eingetragene 605 m² große Grundstück (Flurstück 1213), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einer unterkellerten, zweigeschossigen Doppelhaushälfte mit ausgebautem Dachgeschoss und einer Garage. Baujahr des Hauses etwa 1963. Erweiterung etwa 1972. Die Wohnfläche beträgt etwa 132 m². Beheizung erfolgt über eine Ölzentralheizung. Das Objekt verfügt über mittlere Ausstattung und es bestehen im bewertungsrelevanten Umfang Bauschäden/Baumängel. Interessenten wird deshalb angeraten, das vorliegende Wertgutachten eingehend zur Kenntnis zu nehmen. Zum Zeitpunkt der Begutachtung (29. Januar 2016) wurde das Haus durch den Schuldner und seiner Familie genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 352 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 1. September 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos und kostenpflichtiger Gutachtendownload im Internet unter: www.zvg.com.

Der Zwangsvollstreckungsvermerk ist am 19. Dezember 2014 und 21. Oktober 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls

für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. April 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**

Abteilung 802 343

Zwangsvollstreckung

323 K 1/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Bernstorffstraße 89 belegene, im Grundbuch von Altona-Nord Blatt 3841 eingetragene 118 m² große Grundstück (Flurstück 897), durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Das Grundstück ist mit einem teilunterkellerten Mehrfamilienhaus mit unterlagerten Gewerbeeinheiten bebaut. Die beiden Gewerbeeinheiten befinden sich im Erdgeschoss; die Gewerbe-/Nutzfläche beträgt insgesamt 103,7 m². Die Einheiten verfügen über separate Eingänge und werden als stilles handwerkliches Gewerbe einschließlich Verkauf und als Küchenvermietung genutzt. Zu den Gewerbeeinheiten gehören Wirtschaftsräume im Kellergeschoss. Dort befinden sich auch die Sanitärräume. Im I. Obergeschoss befindet sich eine 3-Zimmer-Wohnung (mit Flur, Bad, Küche und Balkon) mit einer Wohnfläche von 68,65 m². Die Wohnung hat in jedem Geschoss einen Balkon. Die Gewerbeeinheiten und die Wohnung im I. Obergeschoss sind vermietet, im Übrigen besteht Eigennutzung. Das Gebäude wurde etwa 1860 erbaut. Im Jahre 2002 erfolgte eine umfangreiche Modernisierung des Gebäudes. Wärme- und Warmwasserversorgung erfolgen über eine Erdgaszentralheizung.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 786 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 29. Juni 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter

www.zvg.com und www.zvhh.de (mit Gutachterdownload).

Der Zwangsvollstreckungsvermerk ist am 15. Januar 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. April 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**

Abteilung 323 344

Zwangsvollstreckung

717 K 51/15. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Osterkamp 7, 9, 11, 13 Rauchstraße belegene, im Grundbuch von Wandsbek Blatt 11021 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 396/10000 Miteigentumsanteilen an den 2579 m² großen Flurstücken Nummern 1637 und 1638, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum, im Aufteilungsplan mit der Nummer 11 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die Wohnung zu einer Größe von etwa 62 m² besteht aus 1 und 2/2 Zimmern und befindet sich im I. Obergeschoss links des Gebäudeteils Osterkamp 9. Ursprüngliche Errichtung des Mehrfamilienwohnhauses vermutlich in den 1930er Jahren, Wiederaufbau 1948. Gasetagenheizung, Warmwasserversorgung zentral über Gas. Es besteht Renovierungsbedarf. Zum Zeitpunkt des Ortstermins wurde das Objekt von der Verfahrensschuldnerin zu Wohnzwecken genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 131.000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 30. Juni 2016, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, I. Stock, Saal 157.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 301, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11/- 21 50. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 17. August 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstand tritt.

Hamburg, den 22. April 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

345

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 12 VOL/A

DESY Ausschreibungsnummer: C2014-16

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/8998 - 24 80, Telefax: 040/8998 - 4009

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung (§ 3 Absatz 1 VOL/A)

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossenen Umschlag mit folgender Kennzeichnung:

„**Öffentliche Ausschreibung DESY C2014-16,
Angebotstermin 17. Mai 2016**“

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg**
eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Die Durchführung der Objektsicherung beim Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY Standort Zeuthen.

Aufgaben: Die Objektsicherung beinhaltet die Aufgaben des Revier-, Objektschutz-, Torkontroll- und Empfangsdienstes.

Durchführung:

- Die Ausführung erfolgt ganzjährig über 7 Tage die Woche, 24 Stunden, pro Schicht mit je **1 Werk-schutzfachkraft oder gleichwertig.**

- Extrabewachungen für besondere, nicht vorhersehbare Anlässe (in der Regel ein(e) zusätzliche(r) Mitarbeiter/in für die manuelle Bedienung der Hauptschranke) Stundenbedarf: ca. 30 Stunden pro Jahr.

Weitere Hinweise:

- Reaktionszeit bei Personalausfällen oder bei kurzfristigem Personalbedarf durch spontan auftretende Gefährdungen darf max. 2 Stunden sein.
- Die einzusetzenden Sicherheitsmitarbeiter/innen sind mindestens zwei Wochen vor Auftragsbeginn für DESY kostenfrei vor Ort einzuweisen. Vertretungen für die Stamm-Sicherheitsmitarbeiter/innen sind vom Auftragnehmer mindestens in einer Tag- und Nachtschicht für DESY kostenfrei einzuarbeiten und dem Auftraggeber 24 Stunden vor dem Einsatz namentlich bekannt zu geben (mit Ausnahme von Notfällen)

Leistungsort: Platanenallee 6, 15738 Zeuthen

- e) **Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose:** Entfällt
- f) **Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:** Entfällt
- g) **Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:**
Vertragslaufzeit: 1. August 2016 bis 31. Juli 2017 mit jährlicher Optionswahrnehmung für weitere 3 Jahre.
- h) **Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:**
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Abteilung V4 – Warenwirtschaft,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Telefon: 040/8998 - 24 80, Telefax: 040/8998 - 4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
- i) **Ablauf der Angebotsfrist:** 17. Mai 2016
Ablauf der Bindefrist: 1. August 2016
- j) **Geforderte Sicherheiten:** siehe Vergabeunterlagen.
- k) **Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:**
Die Zahlungsbedingungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

1) **Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:**

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug (nicht älter als 12 Monate) aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie den Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass in diesem Vergabeverfahren keine unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf die Eignung abgegeben worden sind.
- Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder § 6 Satz 1 oder 2 Arbeitnehmer-Entsendegesetz nicht vorliegen.
- Eigenerklärung, dass der gesetzlich geschlossene Mindestlohn gemäß dem Mindestlohngesetz (MiLoG) in der neusten Fassung eingehalten wird.
- Referenzen der letzten 3 Jahre über bereits erbrachte Leistungen der geforderten Art mit Angabe der Adresse und Ansprechpartner.
- Eigenerklärungen über den Gesamtumsatz sowie den Umsatz bezogen auf die Wach- und Sicherheitsleistungen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre des Unternehmens.
- Eigenerklärung/Erläuterung, wie der Bieter bei kurzfristigen Personalausfällen oder bei spontan auftretenden Gefährdungen innerhalb von 2 Stunden die Bereitstellung von bei DESY eingewiesenen Sicherheitsmitarbeiter/innen sicherstellen kann.
- Erklärung/Erläuterung, wie der Bieter bei zusätzliche Bewachungsleistungen (Sondereinsätze) z. B. wegen Baumaßnahmen oder großen Veranstaltungen innerhalb von 24 Stunden die Bereitstellung von bei DESY eingewiesenen zusätzlichen Sicherheitsmitarbeiter/innen sicherstellen kann.
- Nachweis über bestehende Betriebshaftpflichtversicherung; Nennung des Versicherungsumfangs mit Höchsthaftungssummen.
- Anzahl Mitarbeiter (IHK geprüfte Werkschutzkraft oder gleichwertig) mit Erfahrung im Bereich der Bewachung von Forschungseinrichtungen im Großbereich Berlin/Brandenburg.
- Anzahl Mitarbeiter (IHK Sachkundeprüfung § 34a GewO oder gleichwertig) mit Erfahrung im Bereich der Bewachung von Forschungseinrichtungen im Großbereich Berlin/Brandenburg
- Beschreibung der Fremdsprachenkenntnisse der Mitarbeiter (IHK geprüfte Werkschutzkraft oder gleichwertig) im Großbereich Berlin/Brandenburg.
- Beschreibung/Darstellung der Ausbildung und der Schulungsmaßnahmen.

- Darstellung/Beschreibung des Einstellungsverfahrens und der Auswahlmethodik neuer Mitarbeiter.
- Beschreibung der Struktur, Organisation, auftragspezifisches Know-how des Managementteams.
- Darstellung/Beschreibung Konzept zur Objektübernahme.
- Darstellung/Beschreibung Konzept zur Objektbetreuung.
- Ortsbesichtigungsbescheinigung (**Ausschlusskriterium**)

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

Alle geforderten Nachweise und Erklärungen, die dort nicht hinterlegt sind, sind mit dem Angebot einzureichen.

m) **Vielfältigungskosten:** Entfällt

n) **Zuschlagskriterien:**

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen. Der Zuschlag wird nach § 18 VOL/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller Umstände als das Wirtschaftlichste erscheint.

Hamburg, den 15. April 2016

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 346

**Bekanntmachung
eines Öffentlichen Teilnahmewettbewerbs
mit nachfolgender beschränkter Ausschreibung
analog VOB/A § 3 Absatz 4 Nummer 1**

hier: Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen

Die Hamburger Wasserwerke GmbH haben die Hamburger Stadtentwässerung AöR mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

**Offizieller Name und Anschrift
des öffentlichen Auftraggebers:**

Hamburger Wasserwerke GmbH,
Billhorner Deich 2, D-20539 Hamburg

Bezeichnung der Baumaßnahme:

Durchführung von Pflegemaßnahmen für das Grabensystem im Einzugsgebiet des Wasserwerkes Curslack

Wasserwerk Curslack
Curslack Heerweg 137, 21039 Hamburg

Beschreibung der Baumaßnahme:

Im Rahmen des Betriebs des Wasserwerkes Curslack der Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW) müssen die im Einzugsgebiet der Förderbrunnen liegenden Gräben bewirtschaftet werden, um förderbedingte Wasserstandsänderungen in den Oberflächengewässern auszugleichen. Aus diesem Grund führen die Hamburger Wasserwerke über 2 Entnahmestellen aus Bille und Elbe dem Grabensystem bedarfsweise Wasser zu.

Zur Sicherstellung möglichst ungestörter hydraulischer Verbindungen im Grabensystem müssen die einzelnen Gräben regelmäßig (mind. 1 pro Jahr) entkrautet und ggf. ausgebagert und profiliert werden. Die Ausführung der Leistungen erfolgt witterungsabhängig über das ganze Jahr verteilt.

Insgesamt hat das zu pflegende Grabensystem eine Länge von ca. 550 km. Die ausführende Firma muss seine Arbeiten mit einer großen Anzahl von Eigentümern der Gräben abstimmen. Es existieren ca. 1000 Einzelverträge zwischen den HWW und den Grundstückseigentümern.

Allgemeine Informationen zum vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb:

Im Rahmen eines vorgeschalteten Teilnahmewettbewerbes sollen leistungsfähige Unternehmen ermittelt werden. Aus dem Bewerberkreis werden geeignete Firmen ausgewählt, die dann zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

Zu liefernde Nachweise im Rahmen des Teilnahmewettbewerbes

- Nachweis, dass eine Reaktionszeit von max. 3 Tagen eingehalten werden kann
- Nachweis von 3 Referenzen vergleichbarer Aufträge (Grabenpflege) der letzten 5 Jahre mit Angabe der Ansprechpartner einschließlich Tel. Nummer.
- Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren bezogen auf vergleichbare Leistungen
- Nachweis der zur Ausführung des Auftrages geeigneten maschinellen Ausstattung und des geeigneten Personals
- Eigenerklärung gemäß VOB/A, § 6, Abs. 3, Nr. 2 d bis i
- Nachweis von Ortskenntnissen

Zum Nachweis der Eignung stellt der AG ein vorgefertigtes Formular zur Verfügung, das zwingend genutzt werden muss. Das Formular kann heruntergeladen werden:

<http://www.hamburgwasser.de/ausschreibungen.515.html>
oder bei der unten genannten E-Mail-Adresse abgefordert werden.

Schlussstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge:

11. Mai 2016 mit Ablauf des Tages

Die Teilnahmeanträge sind an folgende Anschrift zu senden:

Hamburger Stadtentwässerung AöR
Submissionstelle, Zimmer Nr. B 2.019m
Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg

Datum der Versendung der Angebotsunterlagen an die ausgewählten Bieter:

Voraussichtlich Mai/Juni 2016

Ausführungsfrist:

Januar 2017 bis Dezember 2020

Weitere Auskünfte erteilt:

HAMBURG WASSER
Vergabemanagement Herr Hense
Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg
Telefon: 040/788881410, Telefax: 040/788881499,
E-Mail: ralf.hense@hamburgwasser.de

Hamburg, den 14. April 2015

Hamburger Wasserwerke GmbH 347

Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VOB Ö 005-16 BR**

Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags: Grundschule An der Haake – Garten- & Landschaftsbauarbeiten am Standort Lange Striepen 51 in Hamburg.

Bauleistung:

Garten- & Landschaftsbauarbeiten:

Ca. 800 m² Pflasterflächen, 200 m² Stauden-/Gehölzflächen, ca. 680 m² Rasen, Baumpflanzungen (3 St), Traufen, Zaun ca. 20 m, Entwässerungseinrichtungen und deren Anschluss an Grundleitung; zukünftige Lieferzone als provisorische Fläche (Baustellenzufahrt Hochbau) ca. 340 m² Frostschutz- und Tragschicht, Anschlussleitungen für Entwässerungseinrichtungen.

Baubeginn: ca. August 2016

Bauende: ca. Oktober 2016

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:
27. Mai 2016 bis 10.00 Uhr

Eröffnung der Angebote/Submission:
Die Eröffnung der Angebote findet statt am
27. Mai 2016 um 10.00 Uhr.

Bei der Submission zugelassene Personen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Telefax: 040/42731-0143
E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de

Die Bekanntmachung erreichen Sie unter:
www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html

Hamburg, den 13. April 2016

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 348

Offenes Verfahren

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VOB EU 005-16 G**

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags: Neubau Technikzentrale für den Fachbereich Chemie auf dem Campusgelände Bundesstraße/Sedanstraße in Hamburg

Bauftrag:

Los 1: Baustelleneinrichtung

Einrichtung von drei Baustellenbereichen, Geländeeräumung und Herstellung der BE Flächen mit Mineralgemisch, ein Baukran, Strom- und Wasserversorgung, Bauzäune, Baubeleuchtung, Schutzdächer und Verkehrssicherungsmaßnahmen, Sanitärcontainer, Bürocontainer, Behelfstreppenanlagen, Absturzsicherung etc. Einrichten und unterhalten während der gesamten Bauzeit.

Los 2: Mauer, Beton- und Stahlbetonarbeiten

BT C: WU Bauwerk, 400 m² Betonsohle, 400 m² Betondecke, 850 m² Beton Innen und Außenwände, Mauerwerk in geringem Umfang.

BT D: WU Bauwerk, 65 m² Betonsohle, 65 m² Betondecke, 140 m² Beton Innen und Außenwände.

BT E: WU Bauwerk im UG, Unterfangungsarbeiten, 30 m² Betonsohle, 60 m² Betondecken, 40 m² Betonwände und MW Wände in geringem Umfang.

Los 3: Technische Anlagen in Außenanlagen

BT C: Grundleitungen Schmutzwasser, Kabelschachtanlagen.

BT D: Grundleitungen Kalt-, Lösch- und Schmutzwasser, Horizontal-Spülbohrverfahren, Kabelschachtanlagen.

BT E: Grundleitungen Kalt-, Lösch- und Schmutzwasser, Gasleitungen, Kabelschachtanlagen.

Auftragswert ohne MwSt: Geschätzter Auftragswert über alle Lose: 1.002.000,- Euro/netto

Vertragslaufzeit der Auftragsausführung:
August 2016 bis September 2016 (Los 1),
November 2016 bis Oktober 2017 (Los 2)
und Januar 2017 bis Oktober 2017 (Los 3)

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:

Los 1: 17. Mai 2016 bis 10.10 Uhr

Los 2: 17. Mai 2016 bis 10.40 Uhr

Los 3: 17. Mai 2016 bis 11.10 Uhr

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Einkauf/Vergabe

Telefax: 040/42731-0143

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de.

Die Bekanntmachung erreichen Sie unter:

www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html

Hamburg, den 13. März 2016

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 349

Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VOB EU 006-16 TG**

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags: Neubau Technikzentrale für den Fachbereich Chemie auf dem Campusgelände Bundesstraße/Sedanstraße in Hamburg.

Bauleistung:

diverse technische Gewerke:

Lüftung, Wärmeversorgungsanlagen, Abwasser- Wasser- und Gasanlagen, Dämmung technischer Anlagen.

Gesamtmenge bzw. -umfang:

Geschätzter Wert über alle Lose ohne MwSt:
616.000,- Euro

Baubeginn: Januar 2017

Bauende: April 2017

Schlussstermin für die Abforderung von Unterlagen:
18. Mai 2016, 10.00 Uhr

Schlussstermin für den Eingang von Angeboten und Eröffnung der Angebote/Submission:

Los 1 Lüftung: 19. Mai 2016, 10.00 Uhr

Los 2 Wärmeversorgungsanlagen:

19. Mai 2016, 10.30 Uhr

Los 3 Abwasser- Wasser- und Gasanlagen:

19. Mai 2016, 11.00 Uhr

Los 4 Dämmung technischer Anlagen:

19. Mai 2016, 11.30 Uhr

Bei der Submission zugelassene Personen:

Bieter und ihre Bevollmächtigten

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Einkauf/Vergabe

Telefax: 040/42731-0143

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de.

Die Bekanntmachung erreichen Sie unter:

www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html

Hamburg, den 13. April 2016

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 350

Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VOB EU 007-16 VP**

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags: Neubau Technikzentrale für den Fachbereich Chemie auf dem Campusgelände Bundesstraße/Sedanstraße in Hamburg .

Bauleistung:

diverse Gewerke:

Dachdeckung- und Dachabdichtung, Wärmedämmverbundsystem, Putz- und Stuckarbeiten, Metallbau- und Schlosserarbeiten .

Gesamtmenge bzw. -umfang:

Geschätzter Wert über alle Lose ohne MwSt:
385.000,- Euro

Baubeginn: Februar 2017 (Lose 1, 2 und 3), März 2017 (Los 4)

Bauende: Mai 2017 (Los 1), April 2017 (Los 2 und 3), August 2017 (Los 3)

Schlussstermin für die Abforderung von Unterlagen:
31. Mai 2016, 10.00 Uhr

Schlussstermin für den Eingang von Angeboten und Eröffnung der Angebote/Submission:

Los 1 Dachdeckung- und Dachabdichtung:

1. Juni 2016, 10.00 Uhr

Los 2 Wärmedämmverbundsystem:

1. Juni 2016, 10.30 Uhr

Los 3 Putz- und Stuckarbeiten:

1. Juni 2016, 11.00 Uhr

Los 4 Metallbau- und Schlosserarbeiten:

1. Juni 2016, 11.30 Uhr

Bei der Submission zugelassene Personen:

Bieter und ihre Bevollmächtigten

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Einkauf/Vergabe

Telefax: 040/42731-0143

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de.

Die Bekanntmachung erreichen Sie unter:

www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html

Hamburg, den 14. April 2016

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 351

820

Freitag, den 22. April 2016

Amtl. Anz. Nr. 31

Offenes Verfahren

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VOB Ö 009-16 S**

Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags: Neubau Technikzentrale für den Fachbereich Chemie auf dem Campusgelände Bundesstraße/Sedanstraße in Hamburg – Maler und Lackierer, Estrich & Bodenbelag, Tischler, Baureinigung.

Bauleistungen/Lose:

Los 1: Maler und Lackierer:

Innenanstrich auf Beton, MW und Putz, Bodenbeschichtungen, Lackierarbeiten auf Türblättern und Zargen

Los 2: Estrich & Bodenbelag:

Estricharbeiten- und Bodenbelagsarbeiten, ca. 320 m² Verbundestrich und 60 m² schwimmender Estrich, Oberflächenimprägnierung mit Silikaten und Beschichtungen

Los 3: Tischlerarbeiten:

Trennwände, verglast in EI 30 Qualität, Innentüren T 30 RS, Windfangelemente innen, Trockenbauarbeiten in geringem Umfang.

Los 4: Baureinigung:

Bauzwischen und Bauendreinigung, ca. 450 m² Fläche, verschiedene zeitlich gestaffelte Einsätze

Baubeginn: Januar 2017

Bauende: September 2017

Schlussstermin für die Abforderung von Unterlagen:
6. Juni 2016 bis 10.00 Uhr

Eröffnung der Angebote/Submission: Die Eröffnung der Angebote findet statt am 7. Juni 2016 um 10.00 Uhr.

Bei der Submission zugelassene Personen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de.

Die Bekanntmachung erreichen Sie unter:
www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html

Hamburg, den 18. April 2016

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 352

**Öffentliche Ausschreibung
gemäß § 12 Nummer 1 VOB/A**

f & w fördern und wohnen AöR,
– Abteilung Beschaffungsmanagement –,
Grüner Deich 17, 20097 Hamburg,
Telefon: +49/040/4 28 35 - 0
Telefax: +49/040/4 28 35 - 35 11

Ausschreibung Nr. **AÖA 030-2016**

Kauf und Lieferung von Butter, Hühnereier und Hühnerprodukten soll vergeben werden.

Die Unterlagen können schriftlich bis zum 26. April 2016 gegen einen Verrechnungsscheck in Höhe von 10,- Euro unter dem Kennwort „AÖA 030-2016“ abgefordert werden. Der Scheck muss dem Antrag beigefügt sein. Eine Rückerstattung ist ausgeschlossen.

Die Unterlagen können unter
f & w fördern und wohnen, AÖR
Poststelle EG, Submissionsstelle,
Grüner Deich 17, 20097 Hamburg

montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr abgefordert bzw. eingesehen werden.

Die Unterlagen können kostenfrei aus dem Internet ab dem 18. April 2016 unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

www.foerdernundwohnen.de
—> Ausschreibungen
—> Leistungen und Bauleistungen
—> AÖA 030-2016

Für den Auftrag kommen nur Bieter mit der Einreichung von entsprechenden Referenzen in Betracht, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Einreichfrist: 2. Mai 2016, 13.00 Uhr

Hamburg, den 18. April 2016

f & w fördern und wohnen AöR

353